

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 35 (2016)
Heft: 67

Artikel: Geld macht Medien : zur gesellschaftspolitischen Bedeutung rechtsbürgerlicher Medienpolitik
Autor: Stutz, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651679>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Geld macht Medien

Zur gesellschaftspolitischen Bedeutung rechtsbürgerlicher Medienpolitik

«Schweizerische Medien? Muss man sich um sie Sorgen machen?», fragte Lukas Bärfuss unlängst in seinem berühmt gewordenen Essay in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. «Man muss nicht, aber man sollte vielleicht», so seine Antwort.¹ Ich meine: Man muss ernsthaft und sofort! Die Rechtsbürgerlichen bestimmen heute den bürgerlichen Mainstream und propagieren knappe Staatskassen, steuerliche Entlastung von juristischen Personen, die Reduzierung von sozialen und ökologischen Standards usw. Sie wollen ihre politische Dominanz nicht nur bei den Printmedien, sondern auch beim Fernsehen und Radio durchsetzen. Konkret streben sie nach einer Schwächung des Service public der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG). Mit dem Entzug aller Gebühreneinnahmen will die Volksinitiative «No Billag»² den medialen Service public sogar abschaffen. Damit agieren die Rechtsbürgerlichen als Wegbereiter für die Medienkonzerne und Grossverlage, die Information vornehmlich bis ausschliesslich als Geschäft und nicht als Beitrag zur demokratischen Auseinandersetzung sehen. Das Internet ermöglicht zwar, dass alle politischen Akteure ihre Botschaft weltweit und redaktionell unbearbeitet verbreiten können, doch die Leitthemen der öffentlichen Auseinandersetzung werden bislang immer noch von den öffentlichen Fernseh- und Radiosendern sowie den Printmedien gesetzt.

Die privatwirtschaftlich organisierten Medien sitzen – wie der Aargauer Verleger Peter Wanner zutreffend feststellte – mit der öffentlichen SRG im gleichen Boot: «Wenn man der SRG die Gebühren kürzt, kürzt man die Mittel für die Medien insgesamt.»³ Mit dieser Einschätzung – wer die SRG schwächt, stärkt nicht die privaten Sender, sondern verringert den Umsatz der Branche insgesamt – gehört er unter den Schweizer Verlegern zu den seltenen aussergewöhnlich Vernünftigen. Fakt ist: Den Schweizer Medienkonzernen, zumeist regionalen Monopolisten, denen sowohl Printmedien als auch Radio-, Fernseh- und Onlinekanäle gehören,⁴ brechen die Werbeeinnahmen der Printmedien weg. Durch geschicktes Lobbying erreichten sie, dass der Bundesrat der SRG bei Onlineangeboten ein Werbeverbot erteilte. Damit versuchen die Verleger (mit Ausnahme von Ringier), der SRG den Eintritt ins Onlinegeschäft zu erschweren oder zu verunmög-

lichen. Und lassen ausser Acht, dass die wirtschaftlichen Herausforderer primär die internationalen Internetkonzerne, sekundär die Schweizer Werbefenster ausländischer Privatsender (*RTL, Sat1, M5* usw.) sind. Für diesen ökonomischen Konkurrenzkampf hat die Branchenorganisation Verband Schweizer Medien bis anhin keine Strategie gefunden – und wird der Verlegerverband auch keine finden, da mit Ringier inzwischen ein wirtschaftlich bedeutender Verlag ausgetreten ist.⁵ Umso mehr üben sich die lautesten Vertreter der Branche seit längerem in einem rüden SRG-Bashing.⁶ Unterstützt werden sie von RedaktorInnen, die sich als Sprachrohr der Verlegerinteressen aufführen, und dies, ohne ihre Interessenbindung offenzulegen.⁷ Es scheint, als sei Verlegerpräsident Hanspeter Lebruments Forderung in Erfüllung gegangen: Er mahnte bereits vor vielen Jahren, dass RedaktorInnen und JournalistInnen nicht gegen Verlegerinteressen schreiben sollten.

Bürgerlicher Rechtsrutsch und neue politische Antagonismen

Welches sind die staatspolitischen Folgen dieser medienpolitischen Entwicklung? Eine kulturpessimistische Sicht, wie sie unlängst Stefan Keller in der *WOZ Die Wochenzeitung* skizziert hat, ist verlockend, jedoch wenig erhellend. Seit Jahrzehnten werde die Boulevardisierung der Zeitungen und Zeitschriften beklagt, und der Befund sei offensichtlich: Die gedruckten Informationen verlören im Durchschnitt an Relevanz – «stete Boulevardisierung mit immer mehr Platz für die Mächtigen». «Dumme, boulevardisierte Zeitungen» würde «in der Konsequenz auch dumme, populistische Innenpolitik» bedeuten. Die «Folgen» seien «nicht nur an Wahlsonntagen feststellbar».⁸ Eine direkte Wirkung der Boulevardisierung lässt sich aber kaum belegen. Dies zeigt der Erfolg der Basler Grünen Sibel Arslan, die bei den nationalen Wahlen im Oktober 2015 einen Nationalratssitz gewann, obwohl das rechtsbürgerliche Kampagnenblatt *Basler Zeitung* Arslan mehrmals persönlich diffamierend angegriffen hatte. Lokale Politikbeobachter sehen in Basel trotz der Dominanz des rechten Leitmediums gar ein gestärktes rot-grünes Lager.⁹ In den vergangenen zwanzig Jahren ist das rot-grüne Lager bei den WählerInnenanteilen ziemlich konstant geblieben. Ein Rutsch nach rechts hat zwar stattgefunden, aber innerhalb des bürgerlichen Lagers, wo die Gewichte sich von der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) und der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) hin zur Schweizerischen Volkspartei (SVP) verschoben haben. Zudem hat die mediale Dominanz rechtsbürgerlicher Themen zugenommen, wie die stetige Problematisierung einer «verfehlten» Asylpolitik sowie einer «Bedrohung» durch AusländerInnen und Islam belegen.

Der Rechtsrutsch kann sich auf eine staatspolitische Tradition stützen. Die in den 1980er-Jahren entstandene nationalistische Rechte vertritt weiterhin jene Maxime, die bis Mitte der Achtziger die schweizerische Aussenpolitik bestimmte: wirtschaftliche Offenheit und politischer Isolationismus. Sie setzt wie einst die geistige Landesverteidigung auf die ideologische Verbindung von Folklore und ländlicher Tradition, erweitert sie jedoch um diskriminierende Kampagnen gegen (einkommensschwache) AusländerInnen.

Der neue dominante politische Antagonismus ist der Konflikt zwischen Stadt und Land.¹⁰ In den grossen Kernstädten dominiert eine Linke, die eine sozialverträgliche Verwaltung des Kapitalismus anstrebt, weltoffen denkt und international agiert – und dies nicht nur, wenn es um Wirtschaftsbeziehungen geht. In den Agglomerationsgemeinden hingegen – und stärker noch in den einst bäuerlich geprägten, heute von autoaffinen BerufspendlerInnen bewohnten Dörfern – haben die Bürgerlichen die Vorherrschaft, sowohl am Stammtisch wie an der Wahlurne. Ausser in den Stadtkantonen Basel und Genf bestimmen Landschaft und Agglomeration verstärkt die Themen der Kantonspolitik, deren bürgerlichen Grundtakt die regionalen Printmonopolisten wie auch die SRG-Regionaljournale mittragen. Bei der SRG führt das Bekenntnis zur Swissness zu einer überproportionalen Präsentation von folkloristischen Inhalten und Ereignissen aus ländlichen Gegenden. Nur spärlich berücksichtigt werden Themen und Ansichten der EinwohnerInnen ohne Schweizer Pass, obwohl auch sie Gebühren zahlen und immerhin über zwanzig Prozent der ständigen Wohnbevölkerung ausmachen.¹¹

Medien festigen Themenhoheit der Nationalkonservativen

Eine wissenschaftliche Analyse der aktuellen Schweizer Medienrealität bietet die neueste Ausgabe (2015) des *Jahrbuchs Qualität der Medien*, begründet vom Mediensoziologen Kurt Imhof. Den Anstoss gab Imhofs Überzeugung, dass eine Demokratie ohne einen guten und unabhängigen Informationsjournalismus nicht möglich ist und dass viele Medien diese Aufgabe heute nur noch unzureichend erfüllen.¹² Die ForscherInnen des Forschungsinstituts Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) präsentieren im Jahrbuch 2015 unter anderem die folgenden Befunde: Sie beobachten erstens eine «Repolitisierung der Presse»¹³ und zweitens eine Fundamentalopposition wider das Angebot der SRG – und damit gegen den Service public, zumindest in seiner aktuellen Form. Beide Entwicklungen würden von nationalkonservativen oder rechtsbürgerlichen ExponentInnen vorangetrieben. An vorderster Front agieren Tito Tettamanti, ein international tätiger Financier, und Christoph Blocher, (Ex-)Eigner der milliardenschwe-

ren Firma Ems Chemie, Vordenker und Antreiber der SVP und ehemaliger schweizerischer Bundesrat. Sie kauften die *Weltwoche* und die *Basler Zeitung*, positionierten die Blätter politisch neu und setzten neue Chefredaktoren ein: Roger Köppel wurde 2001 Chefredaktor der *Weltwoche*, seit Oktober 2015 ist er Zürcher SVP-Nationalrat. Der ehemalige *Weltwoche*-Journalist Markus Somm, einst Blocher-Biograf, heute Blocher-Epigone, wurde 2010 Chefredaktor der *Basler Zeitung*. Zwar scheiterten die Nationalkonservativen mit ihrem Versuch, Markus Somm zum neuen Chefredaktor der *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZ) zu machen. Dafür gelang ihnen die Besetzung des neuen NZZ-Feuilleton-Chefposts mit René Scheu, vorher Chefredaktor des Magazins *Schweizer Monat*⁴⁴. In den Diskussionen um die Zukunft des Service public hat sich Scheu als Herausgeber eines SRG-feindlichen Buches bereits eindeutig positioniert.¹⁵

Unerwähnt lassen die fög-ForscherInnen, dass auch andere Medientitel – etwa die NZZ-Tochter *Neue Luzerner Zeitung* (NLZ) – zu SVP-Sprachrohren mutierten. Die NLZ ging aus dem ehemaligen CVP-Parteiblatt *Vaterland* hervor und hiess nach der Fusion mit dem liberalen *Luzerner Tagblatt* zuerst *Luzerner Zeitung*. Nach der Fusion mit den linksliberalen *Luzerner Neuesten Nachrichten* (LNN) wurde sie 1996 zur NLZ. 2002 kam sie in den Besitz der NZZ Mediengruppe. Die Quasimonopolistin NLZ deckt heute die gesamte Innerschweiz ab, einst Stammland der Katholisch-Konservativen (ab 1971 CVP). Damit bedient sie heute eine ehemals starke CVP-Basis mit rechtsbürgerlichen Medieninhalten. Die Veränderung der politischen Ausrichtung der NLZ ging ohne wahrnehmbare bürgerliche Kritik vonstatten. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass katholisch-konservative Ansichten wie eine isolationistische Schweiz, ein autoritäres Staatsverständnis und tradierte Moralvorstellungen bruchlos in der SVP-Politik aufgehen. Unklar ist, wieweit die SVP mit ihrer eifrigen Medienarbeit und als bedeutende Inserentin das Themensetting von Forumszeitungen direkt bestimmt – oder ob die weitgehend übereinstimmende Berichterstattung der Medien bloss das bekannte Rudelverhalten von leitenden RedaktorInnen widerspiegelt, die ja nichts verpassen möchten.

Die fög-ForscherInnen berichten von einem weiteren wichtigen Befund: Auch bei der SRG erhalten die von rechtsbürgerlichen Kräften dominierten europa- und ausländerpolitischen Themen starke Resonanz, dies in allen drei Sprachregionen. Die öffentlichen Sender tragen, so das Fazit des *Jahrbuchs*, «zur Integration der verschiedenen Landesteile» bei, betonen aber «Themen, die im Wesentlichen von der SVP gesetzt» werden. Die fög-ForscherInnen bestätigen damit im Grundsatz eine Aussage von Lukas Bärfuss: «Die nationale Rechte lässt die Bären tanzen, wo und wann sie will.» Selbst in vielen Medien, die nicht im Besitz der isolationistischen Rechten sind, hat diese die Themenhoheit. Die Frage ist: Bilden die SRG-Medien-

schaffenden die gesellschaftspolitischen Strömungen von sich aus ab? Oder zeigt das SRG-Bashing bereits Wirkung? Für die zweite These sprechen zumindest einige bekannt gewordenen Programmscheide der SRG.¹⁶ Dagegen spricht etwa, dass die SRG auch SVP-kritische Reportagen ausstrahlte – allerdings erst *nach* den eidgenössischen Wahlen.¹⁷

Rechte Angriffe auf die verfassungsmässige Funktion der Medien

Das fög-Jahrbuch stellt den privaten Fernseh- und Radiostationen schlechte Noten aus, was in der Berichterstattung der Printmedien jedoch kaum Erwähnung fand. Die AutorInnen stellen fest, dass die AZ Medien des Verlegers Peter Wanner «eine zunehmend dominante Rolle» im Marktbereich Privatfernsehen spielen, ihre Nachrichtensendungen jedoch «eine messbar unterdurchschnittliche Qualität» ausweisen.¹⁸ Das kümmert die KritikerInnen der SRG und ihres Service-public-Auftrages wenig, obwohl die Bundesverfassung festhält, dass Radio und Fernsehen «zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung» beitragen.¹⁹ Für die SRG-KritikerInnen kommt das Geschäft vor der staatspolitischen Verantwortung.

Service-public-Medien erhalten Geld, um ihren staatspolitischen Auftrag erfüllen zu können – und sind daher weniger erpressbar. Private Medien verbreiten ihr Angebot, um Geld einzunehmen. Sie müssen dafür (potenziellen) Inserenten und weiteren einflussreichen Akteuren gefallen. Daraus ergibt sich zwangsläufig eine niedrigere publizistische Qualität der Privatsender, wobei der bescheidene Beitrag der konzessionierten Privaten an die Leistungen des Service public bereits grosszügig abgegolten wird.²⁰

Indem die SVP gegen die SRG Stimmung macht und missliebige Sendungen zu skandalisieren versucht, nimmt sie Einfluss auf die SRG-Programme. Sie agiert in der Tradition jener rechten SRG-KritikerInnen, die den öffentlichen Sender bereits vor Jahrzehnten als «links» bzw. «zu links» bezeichneten. Wortführerin war damals die Schweizerische Fernseh- und Radiovereinigung (SFRV), der «Hofer-Club», benannt nach ihrem langjährigen Anführer Walther Hofer, Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat. Sie erreichte ab den 1970er-Jahren grosse Aufmerksamkeit, aber wenig Einfluss – zu gut verankert war die öffentliche SRG in der mehrsprachigen Schweiz.²¹ Unter den SFRV-AktivistInnen der 1990er-Jahre war auch der Jusstudent Gregor A. Rutz, damals FDP-Mitglied, heute SVP-Nationalrat.

Seither haben sich die Antilinken neu formiert: Aus der SFRV wurde zuerst das «Medien-Forum» und ab 2008 die «Aktion Medienfreiheit». Seit 2014 wird diese präsiert von Natalie Rickli, SVP-Nationalrätin und auf der Lohnliste der Goldbach Medien AG, die das Werbegeschäft privater Fern-

seh- und Radiosender betreibt. Aus dem Club von IdeologInnen des Kalten Kriegs ist ein traditioneller Lobbyverein für privatwirtschaftliche Interessen geworden, mit breiter Abstützung: Im Vorstand sitzen neben der Interessenvertreterin Rickli weitere Nationalräte von SVP (darunter Rutz), FDP, CVP und auch der Grünliberalen Partei. Hinzu kommen Pierre Bessard, Direktor des Liberalen Instituts, Martin Baltisser, SVP-Generalsekretär, und der Zürcher FDP-Stadtrat Filippo Leutenegger, einst Chefredaktor beim Schweizer Fernsehen, nun Propagandist für privatwirtschaftliche Medien. Die Aktion Medienfreiheit will, was die Zeitungsverleger seit Jahrzehnten fordern: die Beschränkung der öffentlichen Sender und des Service public.

Anders ist die Stossrichtung der libertären jungen Rechtsbürgerlichen²², die hinter der No-Billag-Initiative stehen. Sie fordern die Abschaffung der «Zwangsgebühren» für Radio und Fernsehen, die Streichung von Qualitätsvorgaben für den Bildungsauftrag und den Verzicht auf die Gewährleistung der freien Meinungsäusserung und der Sachgerechtigkeit. Ebenso wollen sie die Möglichkeit zur Programmbeschwerde abschaffen. Kurzum: Die KapitalanarchistInnen (wer Kapital hat, darf eigene Regeln setzen und durchsetzen!) wollen kapitalnahe Medien. Sie wollen den bürgerlich dominierten Staat demontieren, als sei er eine Hinterlassenschaft des «Sozialismus».

Grundsatzentscheid zum medialen Service public

Die Angriffe auf den Service public, die Übernahme von Printmedien durch rechtsbürgerliche Milliardäre, die zunehmende Dominanz rechtsnationaler Themen und Ansichten in privaten Medien, aber auch bei der SRG haben nicht in erster Linie der Linken geschadet – zumindest nicht, was ihre WählerInnenanteile anbelangt. Entscheidend ist aber, dass sich einstmals unabhängig voneinander agierende bürgerliche Kräfte im Kampf gegen den Service public und die SRG zusammengeschlossen haben. Hier treffen sich die ökonomischen Interessen der Medienverlage und die rechtsbürgerlichen KritikerInnen der SRG mit den gestärkt auftretenden Libertären.

Dieser Zusammenschluss war absehbar. Die bürgerlichen Parteien SVP, FDP und CVP haben sich in den letzten Jahren ideologisch angenähert. Bei innenpolitischen Themen unterscheiden sie sich nur noch in den Konzepten, nicht aber im Grundsatz. Und nur Fragen der aussenpolitischen Ausrichtung vermögen die bürgerlichen Parteien überhaupt noch zu entzweien. Ansonsten finden sie gemeinsam Gefallen daran, jenen bürgerlichen Staat zu schwächen, den sie ab 1848 geschaffen haben. Die Freisinnigen gaben in den 1970er-Jahren den Startimpuls («Mehr Freiheit – weniger Staat»),

die Weissbücher der 1990er-Jahre konkretisierten die Stossrichtung. Die Libertären streben nun den radikalen Abbau an, auch beim publizistischen Service public.

Bedeutungsvoll ist der Wandel der CVP von einer etatistisch orientierten Kraft zu einer neoliberal inspirierten Wirtschaftspartei. Dies lässt sich besonders in der Innerschweiz (Luzern, Zug, Schwyz, Ob- und Nidwalden) beobachten. Die jahrzehntelang von Katholisch-Konservativen dominierten Kantone positionieren sich heute mit einer Tiefsteuerstrategie im Steuerwettbewerb und drücken – fast ohne Widerworte seitens der Monopolistin NLZ – kantonale Sparpakete durch. Auch die SRG-Gremien waren über Jahrzehnte von VertreterInnen der CVP dominiert. Doch die CVP verliert an Einfluss: Die SVP gewann in den vergangenen zwanzig Jahren in allen einst CVP-dominierten Kantonen markant an WählerInnenanteilen. Allerdings blieb die SVP bis vor wenigen Jahren bei den Majorzwahlen um die Sitze in den Kantonsregierungen und im Ständerat meist erfolglos. Dieses Phänomen hat den CVP-Niedergang verlangsamt, aber auf die Dauer ist er unvermeidlich. Auch deswegen sinkt heute das Interesse der CVP am Service public, welcher der Partei einstmals vor allem in ihren Stammkantonen eine gute Einbindung in die Medienlandschaft verschafft hatte.

Die Auseinandersetzung um die No-Billag-Initiative wird zur Grundsatzdiskussion über den Service public bei den Medien und zu ihrem Stellenwert in der direkten Demokratie. Genauso wie bei den Grundrechten, etwa den Bürgerrechten, werden sich die Bürgerlichen kaum für eine Medienpolitik einsetzen, die eine mediale Einbindung aller gesellschaftlichen Akteure gewährleistet. Es sei denn, sie liessen sich durch das offensichtliche ökonomische Argument überzeugen, dass eine staatspolitisch erstrebenswerte, Sprachregionen übergreifende Medienöffentlichkeit nur über Gebühren finanzierbar ist.

Anmerkungen

- 1 Bärfass, Lukas, 2015: Die Schweiz ist des Wahnsinns. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Oktober. www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/lage-in-der-schweiz-vor-parlamentswahlen-2015-trostlos-13856819.html (Abfrage 22.02.2016).
- 2 Die Volksinitiative «No Billag» (Billag ist die Bezeichnung der Inkassostelle, welche die Radio- und Fernsehgebühren erhebt) ist gemäss Medienmitteilung der schweizerischen Bundeskanzlei vom 15. Januar 2016 mit rund 112 000 Unterschriften formell zustande gekommen. Die Initiative will die Radio- und Fernsehgebühren abschaffen und die Verpflichtung zum medialen Service public aus der Verfassung streichen.
- 3 Ruoff, Robert, 2015: Verleger Peter Wanner: «Service public ist öffentlich und privat». Interview mit Peter Wanner. In: Aargauer Zeitung, 10. Dezember.
- 4 Eine der wenigen Ausnahmen ist der Grossraum Zürich, in dem die Tamedia (*Tages-Anzeiger*) und die NZZ Mediengruppe (*Neue Zürcher Zeitung*) den Printmarkt dominieren, während auf dem TV- und Radiomarkt auch andere Akteure vertreten sind, so die AZ Medien mit *TeleZüri*.

- 5 Das Joint Venture von Ringier, Swisscom und SRG reagiert mit einer Werbeallianz auf diese Herausforderung. Beobachter stellen sich allerdings die Frage, wieweit Ringier in Zukunft noch ein Medienkonzern und nicht eher eine Unterhaltungs- und Werbepattform sein wird. Zur Situierung von Ringier siehe das Interview mit CEO Marc Walder: «Wir stehen für die neue Medienwelt.» Die Firmen verlangten heute Werbelösungen aus einer Hand, meint Ringier-Chef Marc Walder. In: NZZ, 19. Dezember 2016. Zur Argumentation der Verleger siehe NZZ, 27. Januar 2016.
- 6 Aktuellstes Beispiel: An der Dreikönigstagung 2016, veranstaltet vom Medieninstitut des Verbands Schweizer Medien, unterstellt Hanspeter Lebrument, Präsident des Verbands Schweizer Medien, in seiner Ansprache dem SRG-Generaldirektor Roger de Weck systematische Böswilligkeit: «Hinterhalt hat bei der SRG System.»
- 7 fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich (Hg.), 2015: Jahrbuch 2015 Qualität der Medien. Schweiz – Suisse – Svizzera. Basel, 153 f.
- 8 Keller, Stefan, 2015: Die Zukunft ist woanders. Medientagebuch zur Qualität im Printjournalismus. In: WOZ Die Wochenzeitung, 19. November, 32.
- 9 Knechtli, Peter, 2015: BaZ-Chef Markus Somms Rechnung ist nicht aufgegangen. www.onlinereports.ch/News.109+M5d4c61b460d.o.html (Abfrage 17.1.2016).
- 10 Boa, Tania / Grossenbacher, Timo / Hintz, Mark / Wepfer, Anna, 2015: Stadt und Land sind politisch in festen Händen. www.swissinfo.ch/ger/politischer-graben_stadt-und-land-sind-politisch-in-festen-haenden/41679770 (Abfrage 17.1.2016).
- 11 Knöpfli, Markus, 2014: Kein offenes Mikrofon für Migranten. www.srgd.ch/aktuelles/2014/05/13/kein-offenes-mikrofon-fur-migranten (Abfrage 17.1.2016). Ebenso: Ruoff, Robert, 2015: Eine Schweiz ohne Ausländer. www.infosperber.ch/Medien/Service-Public-Eine-Schweiz-ohne-Auslander (Abfrage 17.1.2016).
- 12 Kurt Imhof verstarb am 1. März 2015. Zu Imhofs Anspruch siehe den Beitrag «Menschenrechte sind keine Leichtfertigkeiten» und den Nachruf «In Memoriam» von Mark Eisenegger. In: fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich, op. cit., 7 f.
- 13 fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich, op. cit., 107 f.
- 14 Zur politischen Ausrichtung des Magazins unter Scheu siehe: Zimmermann, Adrian, 2011: Der «Schweizer Monat» – reaktionär seit 1921. In: WOZ Die Wochenzeitung, 31. März, 6 f. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist Zimmermanns Einschätzung: «Hummler, Tettamanti und Blocher mögen sich politisch nicht auf einer scharf gezogenen Geraden bewegen. Sie mögen sich um ihre Jagdbeute streiten, aber sie jagen gemeinsam: nach medialem Einfluss. In ihrem Beuteschema befinden sich die klassischen Printmedien. Denn wer in diesem Land die Debatten effizient steuern möchte, ist immer noch auf die Tages- und Wochenzeitungen angewiesen. Während sich die grossen Medienhäuser wie Ringier vom politischen Journalismus abwenden und Promis vermarkten oder wie Tamedia bloss noch Geschäfte machen, verfolgen die drei alten Männer auf ihrem Beutezug eine hochpolitische Mission.»
- 15 Scheu, René (Hg.), 2015: Weniger Staat, mehr Fernsehen. Service sans public? Die neue Debatte um die SRG. Zürich.
- 16 Zum Beispiel: Das Fernsehen *SRF* strahlt einen Schweiz-kritischen Beitrag mit dem österreichischen Schriftsteller Robert Menasse erst nach den eidgenössischen Wahlen und nur online aus. Siehe: www.tagesanzeiger.ch/kultur/fernsehen/vor-der-svp-gekusch/story/21155487 (Abfrage 17.1.2016). Oder: Ein Auftritt des deutsch-türkischen Satirikers Serdar Somuncu am Arosa-Humorfestival mit harten Vorwürfen an die nationalistische Schweiz wird nicht ausgestrahlt, der Auftritt des rechten Humorgrobians Andreas Thiel schon. Dazu die Einschätzung des Festivalleiters Frank Baumann: «Andreas Thiel empfand ich persönlich übrigens als wesentlich härter, und der kommt im Best-of-Programm vor.» Siehe: www.tagesanzeiger.ch/kultur/diverses/thiels-auftritt-empfund-ich-als-viel-haerter/story/23286141 (Abfrage 17.1.2016).

- 17 Dokumentarfilm «Die Macht des Volkes», ausgestrahlt am 17. Dezember 2015. Auf seine Ausstrahlung reagierten die SVP-NationalrätInnen Natalie Rickli und Gregor Rutz mit Beschwerden.
- 18 fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich, op. cit., 131.
- 19 Siehe Art. 93, Abs. 2 der schweizerischen Bundesverfassung. Weiter steht dort: «Sie berücksichtigen die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck.»
- 20 Gemäss dem Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG) erhalten konzessionierte Privatfernseh- und -radiosender nun rund sechs Prozent der Gebühreneinnahmen. Vor der Revision 2015 waren es vier Prozent.
- 21 Eine kurze kritische Einschätzung dieser rechten «Medienwächter» findet sich in: Niggli, Peter / Frischknecht, Jürg, 1998: Rechte Seilschaften. Zürich, 557–565.
- 22 Ruh, Boas, 2016: Das Netzwerk der jungen SRG-Kritiker. In: NZZ, 16. Januar, 17.

Beiträge
zu Religion
und
Sozialismus

Neue Wege

**Neue Wege – in jeder Nummer aktuell,
dank Autorinnen und Autoren, die etwas
zu sagen haben:**

11/2015: **Kommunismus, Europa**
Alain Badiou, Mascha Madörin

12/2015: **abhängig sein**
Lisa Schmuckli, Monika Stocker, Jo Lang

1/2016: **Menschen auf der Flucht**
Annemarie Sancar, Kijan Espahangizi

2/2016: **Solidarische Landwirtschaft**
Bettina Dyttrich, Beat Dietschy

3/2016: **Bewegte Frauen und Männer**
Stella Jegher, Christoph Walser

Probenummer / Abo:

Neue Wege • Postfach 652 • 8037 Zürich • info@neuewege.ch • www.neuewege.ch

Fairmedia

Die unabhängige Anlaufstelle in der Nordwestschweiz
für Betroffene von medialen Überschreitungen

Am 26. November 2015 wurde in Basel der Verein Fairmedia gegründet. Er will Betroffenen von medialen Überschreitungen helfen, sich zur Wehr zu setzen durch praktische, allenfalls auch juristische Unterstützung.

Fairmedia will zudem die Öffentlichkeit über die Verletzung von journalistischen Grundsätzen informieren und sensibilisieren.

Bis Fairmedia als Anlaufstelle in Kürze seine Türen öffnen wird, sucht der Verein Mitglieder und Spenden.

Mitglied werden:

www.fairmedia.ch

Spenden an:

Fairmedia, 4000 Basel,

PC: 61-594671-8

Verein Fairmedia

Postfach 160

4001 Basel
